

Klimaschutz ist eine Klassenfrage

Von Bernd Riexinger

Die Rettung des Klimas ist eine der größten Menschheitsaufgaben der Gegenwart. Von Australien über Indien bis Skandinavien kämpft eine ganze Generation junger Menschen für ihre Zukunft. In Deutschland fanden am 20. September die vermutlich größten Demonstrationen seit 1989 statt. Zwischen Bodensee und Rügen gingen im Rahmen des weltweiten Klimastreiks 1,4 Millionen Menschen auf der Straße.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Protesten sind ebenso vielfältig wie die politischen Vorschläge, die sie zur Rettung des Planeten unterbreiten. In Berlin, wo ich mich an der Demonstration beteiligt habe, sah ich viele Schilder mit kapitalismuskritischen Parolen: „Planet over Profit!“ (Planet vor Profit!), „Wäre die Erde eine Bank, hättet ihr sie längst gerettet!“ oder „Unsere Welt ist keine Ware!“. Das stimmt mich hoffnungsvoll.

DIE LINKE will das Klima und die Menschheit retten, nicht den Kapitalismus und seine Profiteure. Sie verbindet Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Klimaschutz ist eine Klassenfrage. Darin unterscheidet sie sich auch stark von den Grünen, die auf eine ökologische Modernisierung des bestehenden Wirtschaftsmodells setzen.

Seit dem Jahr 1988 sind 100 Konzerne für mehr als 70 Prozent des weltweiten CO²-Ausstosses verantwortlich. Mehr als die Hälfte der globalen Emissionen wird von 25 Unternehmen und staatlichen Einrichtungen verursacht. Viele Unternehmen wälzen weiterhin die ökologischen Kosten, die bei der Produktion entstehen, auf die Natur ab, ohne dass sie Konsequenzen fürchten müssen. Während ein Teil der Kosten also sozialisiert wird, wird der Profit, der aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen resultiert, privatisiert. Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte zum Klimaschutz schweigen.

Es geht um ein anderes Wirtschaftsmodell

Für DIE LINKE steht beim Klimaschutz der Kampf für ein anderes Wirtschaftsmodell im Zentrum. Es geht darum, dass die Verantwortlichen und Profiteure die Kosten tragen, nicht die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Klimagerechtigkeit heißt in Deutschland, für eine sozial gerechte, treibhausgasfreie Volkswirtschaft einzutreten, die allen Menschen nützt. Klimagerechtigkeit nimmt die Produktion ins Visier: Wer entscheidet darüber, in wessen Eigentum welche Güter auf welche Art und Weise produziert werden? Wer entscheidet über Arbeitsbedingungen und Löhne? Wer will, dass sich alle Menschen hochwertige und regionale produzierte Lebensmittel leisten können, muss für gute Löhne und auskömmliche Renten sorgen.

Es stimmt übrigens überhaupt nicht, dass reiche Menschen umweltfreundlicher leben – im Gegenteil: Der ökologische Fußabdruck steigt mit dem Einkommen. Menschen mit hohem Einkommen verbrauchen mehr Energie und verursachen mehr CO²-Ausstoß als Menschen mit niedrigen Einkommen. Wer an Ostern nach Kreta fliegt, den Jahreswechsel in Sri Lanka verbringt, in Herbst und Winter das Penthouse heizt

und statt Bus und Bahn einen schweren Sportwagen nutzt, hat eine desaströse Klimabilanz.

Das Klima retten, nicht den Kapitalismus

Zum Klimaschutz hat DIE LINKE mehrere Konzepte entwickelt, die von zahlreichen Expertinnen und Experten gelobt werden und in der Bewegung auf großes Interesse stoßen. Aus der Vielzahl konkreter Vorschläge (<https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/das-klima-nicht-den-kapitalismus-retten/>) können nur einige wenige exemplarisch angerissen werden:

- Die Energiewende muss beschleunigt werden, die 20 dreckigsten Braunkohlekraftwerke gehören sofort abgeschaltet und die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführt.
- Der öffentliche Personennahverkehr muss im ganzen Land schleunigst ausgebaut werden, die Ticketpreise müssen drastisch sinken. Perspektivisch müssen alle Menschen kostenlos mit Bus und Bahn fahren können.
- Gegen den Widerstand der Lebensmittelkonzerne und der Agrarlobby müssen nachhaltige Landwirtschaft und regionale Erzeuger gefördert werden. Gesunde und vollwertige Ernährung darf keine Frage des Geldbeutels sein.
- Last but not least müssen die finanziellen Lasten des Klimaschutzes sozial gerecht verteilt werden. Sinnvoller als die Erhöhung von Verbrauchssteuern, etwa auf Benzin, ist die Erhebung einer Millionärsteuer: Sie führt dazu, dass Vermögende und Konzerne zur Kasse gebeten werden, um die Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und neue Arbeitsplätze zu finanzieren.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen!

Bernd Riexinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE

https://www.flickr.com/photos/die_linke/48764992087/

<https://diefreiheitsliebe.de/politik/meinungsstark-politik/klimaschutz-ist-eine-klassenfrage/>